

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderats der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 27. April 2017

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

| | |
|------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Anwesend: | Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender Bürgermeister Dr. Michael Wilke |
| Stadträtinnen und Stadträte: | Bachmann-Ade, Berg, Bernnat, Böhringer, Claassen, Cyperrek, Denzer, Escher, Glattacker (ab 17.50 Uhr), Herzog, Heuer, Höfler, Kiefer (ab 17.45 Uhr), Koesler, Krämer, Kurfeß, Lindemer, Lusche, Martin, Oehler, Pichlhöfer, Roßkopf, Salinas de Huber, Schlecht, Simon, Sommer, Vogel, Dr. Vogelpohl, Wernthaler, Wiesiollek |
| Entschuldigt: | Di Prima, Salach |
| Ferner: | Fachbereichsleiterin Baldus-Spingler Fachbereichsleiterin Buchauer Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić (bis 19.30 Uhr) Fachbereichsleiter Dullisch (bis 21.00 Uhr) Fachbereichsleiter Frick Fachbereichsleiter Kleinmagd Fachbereichsleiter Welz (bis 18.45 Uhr) Komm. Fachbereichsleiterin Eyhorn (bis 18.15 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiterin Kovac (bis 20.15 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald (17.40 bis 20.15 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiter Hain Stellv. Fachbereichsleiter Meier (bis 21.00 Uhr) Stellv. Betriebsleiter Elias (bis 20.15 Uhr) Frau Schmidt, EB Stadtwerke (bis 20.15 Uhr) Frau Dr. Schwarz, FB Bürgerdienste (bis 18.15 Uhr) |
| Urkundspersonen: | Stadträtin Martin und Stadtrat Pichlhöfer |
| Schriftführung: | Frau Heinze und Herr Ockenfuß |
| Beginn: | 17.30 Uhr |
| Ende: | 21.25 Uhr |

TOP 1

Freiwillige Feuerwehr; Wahl des Abteilungskommandanten der Abteilung Lörrach Vorlage: 049/2017

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gemeinderats, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die Vertreter der Presse sowie die erschienene Bürgerschaft. Er führt kurz in die Thematik der Beschlussvorlage ein und betont die hohe Bedeutung des Ehrenamts für die Stadtgesellschaft. Überdies sei er erfreut über die hohe fachliche Kompetenz der beiden Bewerber, Herr Betting und Herr Kaiser.

Die einzelnen Fraktionen bekunden ihre Zustimmung zu der Beschlussvorlage.

Sodann fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Wahl von Herrn Klaus Betting zum Abteilungskommandanten der Abteilung Lörrach wird zugestimmt.
2. Der Wahl von Herrn Andreas Kaiser zum Stellvertretenden Abteilungskommandanten wird zugestimmt.

TOP 2

Unterbringung und Betreuung der zugewiesenen Flüchtlinge in Anschlussunterkünften

Vorlage: 039a/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadtrat Lusche wünscht eine kurze Erläuterung der Beschlussziffern 1 bis 3 durch die Verwaltung.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass die bisher vorgesehenen möglichen Standorte um die Standorte Neumatt-Brunnwasser sowie Lauffenmühle ergänzt worden seien.

Der Vorsitzende gibt an, dass auch der Standort Hornbergstraße nochmals geprüft werden solle. Somit ergäben sich die Standortalternativen Füssler-Areal, Lauffenmühle sowie Hornbergstraße.

Stadtrat Lusche führt aus, dass die erfolgreiche Integration der Menschen im Vordergrund stehen müsse. Dies gelinge durch eine erfolgreiche Integrationsarbeit vor Ort. Es sei wichtig, von Standortfragen betroffene Personen bei Entscheidungen von Anfang an miteinzubeziehen, um eine hohe Akzeptanz der Entscheidungen zu erreichen. Die Schaffung der Hausmeisterstellen sei indes absolut notwendig. Die Stadt müsse die von Bund und Land zur Verfügung gestellten Mittel unbedingt abrufen. Die Fraktion der CDU be-

grüße die Schaffung des Welcome-Centers und sehe die Thematik als für die Stadt langfristig wichtige Fragestellung. Die Fraktion der CDU wolle der Vorlage so zustimmen.

Stadtrat Bernnat signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD. Auch er betont, dass die Integration der Menschen klar im Vordergrund stehen müsse. Die möglichen Standorte müssten geprüft und mögliche Betroffene frühzeitig informiert werden.

Stadträtin Kurfeß gibt an, dass die Fraktion der Grünen der Vorlage zustimmen wolle. Auch sie hebt hervor, dass zunächst die Integration der Menschen im Vordergrund stehe. Sie hoffe auf eine menschenwürdige Unterbringung der Personen, auch wenn diese in Containern erfolge, die mittlerweile als „Wohnmodule“ bezeichnet würden. Die Fraktion der Grünen wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Claassen hält die vorgesehenen Container für die Integration ungeeignet. Die Verwaltung müsse sämtliche in Frage kommenden Alternativen prüfen. Das Füssler-Areal halte er als Standort für ungeeignet, da dort die Nachteile überwiegen würden.

Stadtrat Oehler hält die Standorte für richtig. Er begrüßt indes die nachträgliche Aufnahme der Beschlussziffer 3. Er wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Pichlhöfer befindet, dass er vom Landkreis enttäuscht sei. Die Stadt werde bei der Umsetzung der Maßnahmen im Bereich Unterbringung und Integration von Flüchtlingen alleine gelassen.

Der Vorsitzende äußert, dass es im Rahmen der Vorlage zwar auch um Standortfragen gehe, dass allerdings die Integration der Menschen klar im Vordergrund stehe. Die Stadt beschreite mit der Vorlage einen guten Weg. Die Anschlussunterbringung benötige unterdessen eine zeitliche Perspektive. Enttäuscht sei er vielmehr vom Land als vom Landkreis. Hier bemängele auch er, dass die Kosten letztendlich bei den Kommunen auflaufen würden.

Bürgermeister Dr. Wilke verweist auf die unterschiedlichen Beschlussziffern und darauf, dass mit der Vorlage ein ganzes Maßnahmenpaket zur Integration auf den Weg gebracht werde. Gerade das Welcome-Center und die Schaffung von Hausmeisterstellen seien absolut notwendig. Im Vordergrund stehe die Integration der Menschen.

Stadträtin Herzog bittet darum, die Thematik Kindergärten und Schulen entsprechend zu beachten. Gerade der Kindergarten und die Schule in Brombach müssten gut aufgestellt und auf die möglichen Zuwächse vorbereitet werden.

Stadtrat Lusche dankt der Verwaltung für die Vorlage. Die Thematik sei insgesamt komplex. Er finde es richtig, dass nun eine große Paketlösung auf den Weg gebracht werde. Es sei wichtig, von Entscheidungen betroffene Bürger von Anfang an mitzunehmen. Eine gelingende Integration sei ein großer Gewinn für die Stadt Lörrach.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Dem vorgeschlagenen Konzept zur Unterbringung und Betreuung der zugewiesenen Flüchtlinge in Anschlussunterkünften wird zugestimmt.
2. Für die Bewirtschaftung der Objekte der Anschlussunterkünfte werden 1,5 Hausmeisterstellen in Entgeltgruppe 5 TVöD geschaffen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt Flächen neben der Lauffenmühle und in Neumatt-Brunnwasser für die temporäre Errichtung von Unterkünften zur Anschlussunterbringung zu untersuchen.

TOP 3

Jahresbericht des Gutachterausschusses - mündl. Bericht

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Stellv. Fachbereichsleiter Hain stellt sodann anhand einer Präsentation den Jahresbericht des Gutachterausschusses vor (Anlage 1).

Der Vorsitzende bedankt sich für den Bericht.

Stadtrat Heuer bedankt sich im Namen der Fraktion der CDU für den Bericht. Die Daten seien für die Stadt von großer Bedeutung.

Stadtrat Oehler schließt sich dem Dank an. Lörrach sei ein attraktiver Standort. Gerade deswegen hätten sich die Bodenrichtwerte stark verändert. Dem Trend, dass der Grunderwerb in Lörrach unbezahlbar werde, müsse dringend entgegen gewirkt werden.

Stadträtin Kurfeß bedankt sich ebenfalls. Der Grunderwerb sei für den größten Teil der Bürger in Lörrach nicht mehr leistbar.

Stadtrat Denzer erklärt, dass die Preissteigerungen nicht nur durch die erhöhte Nachfrage, sondern auch aufgrund der vielen Vorschriften zu erklären sind.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Stellungnahmen.

TOP 4

Neuer Standort für die Familienzentrums Kinderland gGmbH

Vorlage: 028/2017

Bürgermeister Dr. Wilke stellt das Anliegen der Beschlussvorlage vor, mit der man sich den offiziellen Auftrag für die weitere Planung zum neuen Standort des Familienzentrums abholen wolle.

Stadtrat Dr. Vogelpohl hält das Konzept für stimmig. Planungssicherheit sei für alle Beteiligten wichtig. Er bedauert, dass der neue Standort nur noch zwei Krippengruppen ermöglichen. Des Weiteren fragt er, ob bereits Gespräche mit den aktuellen Nutzern geführt wurden und, ob das Einfahrtsverbot für Pkw überdacht werden könne.

Stadtrat Bernnat hält den Standort am Schulcampus für geeignet und zum Umfeld passend, gleichwohl werden die Umwidmung und der Umbau der Wohngebäude finanzielle Mittel erfordern.

Auch Stadträtin Kurfeß sieht im neuen Standort Baumgartnerstraße eine gute Lösung und bittet, zügig in die Planung zu gehen. Die jetzige Unterbringung des Familienzentrums sei nicht mehr tragbar.

Stadtrat Claassen betont, dass die Stadt das Familienzentrum brauche, welches hervorragende Arbeit leiste. Der neue Standortvorschlag sei eine gute Lösung. Die Benennung der Kosten und Folgekosten sei wichtig.

Auf Nachfrage von Stadtrat Escher geht Herr Mauch, Schriftführer des Familienzentrums, auf das Angebot „Tapfere Herzen“ ein, welches ebenfalls am neuen Standort untergebracht werden solle und sich selbst finanziere.

Sodann fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat der Stadt Lörrach nimmt Kenntnis von der aktuellen Situation der Familienzentrum Kinderland gGmbH.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Standort Baumgartnerstraße 33 und 31 Hinterhaus (Flurstücke 646 und 646/3) hinsichtlich des Betriebs von Familienzentrum, zwei Krippengruppen und zwei betreuten Spielgruppen durch die Familienzentrum Kinderland gGmbH detailliert zu untersuchen und eine Kostenberechnung zu erstellen.

TOP 5

Luisenstraße 7 und 9, Umbau für Kindergarten und Musikschule - Planung und Kostenberechnung

Vorlage: 035a/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt und die Änderung der Vorlage vor und betont, dass der zweite Bauabschnitt auf unbestimmte Zeit verschoben werde.

Stadträtin Krämer beantragt, dass in der Folge die zweite Beschlussziffer gestrichen werden müsse.

Stadtrat Bernnat spricht von einem gesamthaft guten Vorhaben. Leider werde bei Projekten vielfach nur noch auf die Kosten geschaut und nicht mehr auf die Inhalte. Er stimmt

der Planung und Realisierung des ersten Bauabschnitts zu, zumal hiervon drei Nutzer profitieren. Sofern die Finanzlage der Stadt es einmal erlaube, könne man über den zweiten Bauabschnitt sprechen.

Die Stadträte Werthaler und Claassen stimmen der Umsetzung des ersten Bauabschnitts im Namen ihrer Fraktionen ebenfalls zu.

Der Vorsitzende verdeutlicht, dass die erste Beschlussziffer beide Bauabschnitte des Vorhabens umfasse. Hinsichtlich der Kostenverpflichtung beziehe sich die Vorlage lediglich auf den ersten Bauabschnitt. Er hält die vorliegende Formulierung der Vorlage und des Beschlussvorschlags unschädlich.

Fachbereichsleiterin Buchauer stellt dar, dass die gesamte Planung beauftragt wurde und gebilligt werden soll, aber lediglich der erste Bauabschnitt zu realisieren sei.

Stadträtin Krämer erklärt sich allein mit diesen Aussagen nicht einverstanden.

Der Vorsitzende betont, dass der gesamten Planung zugestimmt werden müsse.

Stadtrat Claassen fragt, ob die Planung des zweiten Bauabschnitts mit dem Architekten Zickenheiner zwingend sei.

Fachbereichsleiterin Buchauer entgegnet, dass die Planung bis zur Leistungsphase 4 bereits erfolgt sei und Kosten ausgelöst habe. Die Planung sei für das Gesamtprojekt erstellt worden und sollte so umgesetzt werden.

Stadtrat Lusche erklärt, dass ihm die jetzige Zustimmung zur Planung des zweiten Bauabschnitts zu weit gehe. Vielleicht habe man zu einem späteren Zeitpunkt einmal andere Vorstellungen für das Objekt. Er hinterfragt die Notwendigkeit eines gesamthaften Beschlusses.

Stadtrat Escher erinnert an den eingangs gestellten Antrag und bittet um dessen Abstimmung.

Angesichts der Diskussion und des allgemeinen Meinungsbildes schlägt der Vorsitzende dem Gremium eine Änderung des Beschlussvorschlags als Kompromiss vor.

Sodann fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden geänderten Beschluss

1. Die Gesamtplanung für den Umbau für Kindergarten und Musikschule in der Luisenstr. 7 und 9 (Haus Bonifatius und Villa Lioba) und die Umsetzung in zwei Bauabschnitte **werden zur Kenntnis genommen**. Die Kostenberechnung des Architekturbüros Zickenheiner Architekten in Höhe von 2,42 Mio. € **wird zur Kenntnis genommen**.

2. **Nur die Planung und die Umsetzung des ersten Bauabschnitts** wie in der Vorlage beschrieben mit Kosten in Höhe von 1,36 Mio. € werden genehmigt.

TOP 6

Areal "Weberei Conrad"- Erschließung und weitere öffentliche Tiefgaragenstellplätze

Vorlage: 037/2017

Vor Einstieg in die Beratung des Tagesordnungspunktes beantragt Stadtrat Claassen eine separate Abstimmung und die Vertagung der zweiten Beschlussziffer. Der Vorsitzende stellt den Vertagungsantrag zur Abstimmung, der mehrheitlich bei 11 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt wird.

Sodann erklärt der Vorsitzende, dass man mit der Beschlussvorlage die Baukosten weiterer Tiefgaragenstellplätze darstellen wolle und erteilt Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić zur detaillierten Information das Wort. Diese veranschaulicht, dass eine kalkulierte Kostenmiete von 120 bis 150 EUR/Monat anzusetzen sei. Mangels interessiertem Betreiber müsste in der Folge die Stadt die Errichtung weiterer Stellplätze subventionieren, wenn der Gemeinderat dies wolle. Des Weiteren berichtet sie von 365 bis 430 exemplarisch gezählten Fahrzeugen auf dem gegenwärtigen Parkplatz. Für den Neubau werden ein Stellplatz je Wohneinheit sowie öffentliche Stellplätze für das Landratsamt geplant, die außerhalb der Öffnungszeiten zur Verfügung stünden. Auch seien mit dem neuen Dienstleistungszentrum neue Stellplätze angedacht. Grundsätzlich müsse man jedoch sagen, dass mit zunehmender Innenstadtbebauung billiger Parkraum verschwinden werde.

Stadtrat Lusche zeigt sich verblüfft über den Vertagungsantrag, da die Thematik hinreichend diskutiert worden und die Bebauung des Conrad-Areals beschlossen sei. Er drängt auf eine taugliche Lösung für die Parksituation der Beschäftigten in der Innenstadt. Die Stadt müsse hier aktiv werden und an der Schaffung von Alternativen arbeiten.

Stadträtin Cyperrek bedankt sich bei allen beteiligten Bereichen für deren Arbeit und zeigt sich gespannt auf die Wettbewerbsergebnisse. Sie verdeutlicht, dass etwas an der Verbesserung des ÖPNV-Angebots, bspw. auch eines Citytarifs, getan werden müsse. Der Autoverkehr müsse am Rande der Stadt durch ein neues Parkhaus oder P+R-Plätze abgefangen werden.

Nach Auffassung von Stadtrat Wernthaler müsse die Thematik in ein städtebauliches und verkehrspolitisches Gesamtkonzept eingebunden werden. Er werde der Vorlage zustimmen und schließt sich dem Dank für die Arbeit an.

Stadtrat Denzer erklärt, dass er das Vorhaben nicht anzweifle, er aber der zweiten Beschlussziffer nicht folgen könne. Er fragt, warum man denke, dass Stellplätze an anderer Stelle günstiger seien.

Stadtrat Oehler plädiert für eine zweite Parkebene und bittet, die Kostenberechnung nochmals zu prüfen. Daher solle die Beschlussziffer 2 zurückgestellt werden.

Stadtrat Claassen spricht sich ebenfalls dafür aus, die Kalkulation von zwei neutralen Stellen nochmals rechnen zu lassen. Auf der Ostseite der Stadt herrsche ein Parkplatzdefizit.

Der Vorsitzende geht auf die Wortmeldungen ein und verdeutlicht, dass die Stadt lediglich das Grundstück an das Landratsamt und die Wohnbau veräußern und keine Parkplätze errichten wolle. Werde diese Absicht nicht geteilt, müsse ein alternativer Beschluss gefasst werden. Hinsichtlich der Kostenberechnung habe man keine Veranlassung, an der Einschätzung von Herrn Nostadt, Wohnbau Lörrach, zu zweifeln. Zum vielfach erwähnten Mobilitätskonzept erklärt er, dass bereits zahlreiche Angebote (E-Mobilität, Carsharing u.a.) in der Innenstadt vorhanden seien. Des Weiteren habe man mit der Wohnbau gesprochen - es sei denkbar, dass von den künftigen Bewohnern nicht in Anspruch genommene Stellplätze anderweitig vermietet würden.

Sodann stellt der Vorsitzende die beiden Beschlussziffern getrennt zur Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst einstimmig bei 3 Enthaltungen folgenden Beschluss:

1. Die Erschließung des Areals „Weberei Conrad“ soll auch zukünftig über die Bergstraße erfolgen.

Der Gemeinderat fasst mehrheitlich bei 10 Gegenstimmen folgenden Beschluss:

2. Auf dem Areal „Weberei Conrad“ werden keine zusätzlichen öffentlichen Tiefgaragenstellplätze errichtet.

TOP 7

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der Grünen zur Wohnraumoffensive Vorlage: 065/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und erteilt den beiden antragstellenden Fraktionen das Wort.

Stadträtin Kurfeß und Stadtrat Lusche stimmen dem vorgeschlagenen Vorgehen zu und erwarten eine zeitnahe Behandlung ihres Anliegens.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der „Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der Grünen zur Wohnraumoffensive“ vom 23.03.2017 soll weiter verfolgt und von der Verwaltung bearbeitet werden.

TOP 8

ERGÄNZUNG - Auslaufen der Stromkonzession zum 31.12.2018; hier: Durchführung eines Auswahlverfahrens zur Suche eines Kooperationspartners und organisatorische Abtrennung des reinen Konzessionsvergabeverfahrens

Vorlage: 021a/2017

Vor Eintritt in die Beratung erklärt sich Stadtrat Schlecht für befangen und tritt vom Rats-tisch zurück.

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein. Er verweist auf die ausführlichen Vorberatungen und auf die gute wirtschaftliche Perspektive in der vorliegenden Angelegenheit.

Stadtrat Lusche erklärt, dass die Thematik auf Dauer von großer Bedeutung sei. Innerhalb der Fraktion der CDU gebe es kein einheitliches Meinungsbild in der Sache. Die Thematik sei betriebswirtschaftlich und rechtlich sehr komplex. Primär gehe es um den Betrieb des Stromnetzes in Lörrach. Welcher Strom letztlich durch die Leitungen fließe, könne von der Stadt bisher nicht beeinflusst werden. Man trete als Stadt als Monopolist auf und könne durch die Vergabe der Stromkonzession Geld einnehmen. Es würden sich nun zwei wesentliche Fragen stellen. Die erste Frage sei, ob man als Stadt das Netz betreiben und daran Geld verdienen wolle. Die zweite Frage sei, ob man als Stadt künftig mehr Einfluss auf den Strommarkt in Lörrach nehmen wolle. Laut dem Wirtschaftlichkeitsgutachten müsse die Stadt Lörrach zunächst einige Jahre in das Netz investieren, bevor es wirtschaftlich rentabel werde. Er frage sich nun, ob die Kreditfinanzierung für die Stadt nachteilig sei. Laut Fachbereichsleiter Kleinmagd werde die Handlungsfreiheit der Stadt durch die Maßnahme nicht eingeschränkt. Die Fraktion der CDU habe jedoch Bedenken, da lediglich ein Wirtschaftlichkeitsgutachten vorliege, die Zukunftssicherheit des Energie- beziehungsweise Strommarktes ungewiss sei. Außerdem wisse man noch nicht, welche Investitionen in die Unterhaltung des Netzes noch notwendig werden können. Das finanzielle Argument könne bei der Entscheidungsfindung also nicht alleine ausschlaggebend sein. Allerdings sei das Argument der Zunahme des städtischen Einflusses ausschlaggebend. Er betont nochmals, dass die Thematik sehr komplex sei. Gerade vor dem Hintergrund der kommunalen Daseinsvorsorge halte er die Übernahme des Netzes für richtig. Die wirtschaftlichen Risiken seien laut Verwaltung überschaubar. Da die Stadt mit einem guten Kooperationspartner künftig in bedeutender Weise Einfluss auf dem Strommarkt geltend machen könne, wolle er der Vorlage zustimmen. Andere Städte am Hochrhein hätten dies auch getan. Natürlich sei der wirtschaftliche Erfolg lediglich prognostizierbar. Die Chance müsse jedoch ergriffen werden. Die Suche nach einem Kooperationspartner stelle sich ihm allerdings etwas schizophren dar, da die Stadt sich einen Partner suche, der sich dann wiederum bei der Stadt bewirbt.

Stadtrat Bernnat signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD zu der Vorlage. Vorliegend rede man über das Lörracher Netz, von dem das Netz in Hauingen ausgenommen sei. Auch er erkenne eine gewisse Schizophrenie in dem Verfahren. Man müsse stets verdeutlichen, um was es in der Vorlage geht, wer das Netz betreibt und wer das Netz erwirbt. Es stelle sich die Frage, ob die Investition für die Stadt leistbar sei. Allerdings müsse

auch festgestellt werden, dass die Investition für die Stadt langfristig wirtschaftlich rentabel sei. Der Wettbewerb im Bereich Stromnetze sei sehr intensiv und durchaus profitabel. Die Stadt könne zwar keinen Einfluss auf den Strom selbst nehmen, wohl aber auf das Netz, welches den Strom zum Verbraucher transportiert. Die Bedeutung von Stromnetzen an sich werde in der Zukunft zunehmen. Die Fraktion der SPD werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Berg signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen zu der Vorlage. Es gebe bundesweit viele Kommunen, die erfolgreich den Weg des Erwerbs von Stromnetzen eingeschlagen hätten. Das finanzielle Risiko für die Stadt sei gut kalkulierbar. Die Entscheidung werde den Lörracher Bürgern zu Gute kommen.

Stadtrat Claassen hält die vorliegende Entscheidung für historisch bedeutsam. Die Stadt müsse diese langfristige Entscheidung treffen und sich ihre Einflussmöglichkeiten sichern. Auf der Basis des Netzerwerbs könne die Stadt später in weiteren wichtigen Bereichen tätig werden. Es müsse darauf Acht gegeben werden, dass im Laufe des Konzessionsvergabeverfahrens keine Fehler gemacht werden. Die Stadt müsse sich sodann einen erfahrenen Kooperationspartner suchen. Er rechne damit, dass die Stadt früher als erwartet einen „return on investment“ erwirtschaften werde. Die Rendite für die Stadt werde hoch ausfallen. Eine mögliche Bürgerbeteiligung erachte er in der Angelegenheit als sinnvoll.

Stadtrat Vogel hält fest, dass die Stadt auf finanzielle Mittel dringend angewiesen sei. Er wolle wissen, ob hinsichtlich der angestrebten Rechtsform für den Erwerb des Netzes auch eine Genossenschaft in Frage komme. Der Kauf des Netzes soll indes nicht Mittel zum Zweck sein. Strom sei ein öffentliches Gut und müsse zu jeder Zeit bereitgestellt werden können. Er wolle zudem wissen, welche Vorteile sich aus dem Erwerb des Stromnetzes für den Bürger ergeben würden. Er schlägt vor, eine Partnerschaft mit der Firma Energiedienst Rheinfelden oder den Energiewerken Schönau einzugehen.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass die Bürger von Lörrach in der Angelegenheit über den wirtschaftlichen Gewinn beziehungsweise den Verlust des Eigenbetriebs Stadtwerke beteiligt werden. Man suche nach einem kompetenten Kooperationspartner, welcher das Netz fachlich fundiert betreiben könne. Die Versorgungssicherheit müsse jederzeit gewährleistet werden. Das finanzielle Risiko für die Stadt sei überschaubar. Die Stadt könne durch den Netzerwerb nach einigen Jahren Geld verdienen.

Stadtrat Lusche wolle wissen, was es mit dem Punkt im Kriterienkatalog zur Sache eines Kooperationspartners auf sich habe, in dem gefragt wird, mit welcher Pachtentwicklung der mögliche Partner in den kommenden Jahren rechne.

Stadträtin Cyperrek wolle wissen, ob die Rechtsform der Genossenschaft als Modell für den Betrieb des Netzes möglich sei.

Fachbereichsleiter Kleinmagd erklärt, dass man anhand der Errechnung des möglichen Pächtererwerbs feststellen wolle, ob ein möglicher Kooperationspartner mit den Gegebenheiten des Netzbetriebs vertraut sei und die erforderliche Kompetenz besitze.

Der Vorsitzende führt aus, dass ein genossenschaftliches Betreibermodell nochmals geprüft werden solle. Auch er würde es begrüßen, wenn sich Bürger in der Angelegenheit einbringen beziehungsweise beteiligen könnten.

Stadtrat Vogel wolle wissen, ob bei einem möglichen Defizit die Strompreise erhöht werden müssten.

Bürgermeister Dr. Wilke gibt an, dass man vorliegend keinen Einfluss auf die Strompreise habe, sondern lediglich auf die Netzentgelte. Diese seien fest geregelt. Jedoch könne es natürlich auch wirtschaftliche Verluste und Risiken geben. Er sei insgesamt offen, was den strategischen Partner oder das Betreibermodell angehe.

Der Gemeinderat fasst sodann mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 4 Enthaltungen den folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die nötigen Schritte zum Erwerb des Stromverteilernetzes, insbesondere die Suche nach einem Kooperationspartner, einzuleiten.

TOP 9

Auslaufen der Stromkonzession zum 31.12.2018;

hier: Kriterienkatalog zur Durchführung eines Auswahlverfahrens für die Suche eines Kooperationspartners

Vorlage: 038/2017

Vor Eintritt in die Beratung erklärt sich Stadtrat Schlecht für befangen und tritt vom Rats-tisch zurück.

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung den folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem vorgelegten Kriterienkatalog zur Durchführung eines Auswahlverfahrens für die Suche eines Kooperationspartners zu.

TOP 10

Radonmaßnahmen in kommunalen Gebäuden

Vorlage: 034/2017

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadtrat Glattacker halte es für wichtig, dass die Grenzwerte nicht mehr überschritten werden. Er fragt, ob die Maßnahme des Stoßlüftens im Winter tatsächlich ausreichend sei. Die Fraktion der CDU wolle der Vorlage zustimmen.

Stadträtin Cyperrek erklärt, dass sie mit der geplanten Vorgehensweise einverstanden sei. Sie halte es für richtig, dass Fachleute mit der Thematik betraut worden seien. Sie wolle im Weiteren wissen, ob die geplanten Maßnahmen tatsächlich ausreichend seien und erkundigt sich nach der Beantwortung ihrer an die Verwaltung gerichteten Fragen hinsichtlich der Maßnahmen. Bürgermeister Dr. Wilke entschuldigt, dass die Antworten der Verwaltung noch nicht übersandt wurden und sagt zu, dass dies umgehend nachgeholt werde.

Stadträtin Wiesiollek signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen zu der Vorlage.

Stadtrat Denzer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler zu der Vorlage.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Vom Bericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Die vorgeschlagenen Maßnahmen (Messungen der Räume) sollen entsprechend umgesetzt werden.

TOP 11

Neuerlass der Polizeiverordnung zum Schutz der öffentlichen Ordnung und gegen umweltschädliches Verhalten

Vorlage: 014/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadtrat Simon spricht die unterbliebene Anhörung des Ortschaftsrates Haagen in der vorliegenden Angelegenheit an und bittet im Namen des Ortschaftsrates um Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Frau Heinze informiert über den Hintergrund der unterbliebenen Anhörung. Bei Bekanntwerden des Tagesordnungspunktes und Bereitstellung der Beschlussvorlage, sei die Sitzung des Ortschaftsrates Haagen bereits abgesagt gewesen. Die Einbindung des Gremiums werde am 2. Mai 2017 nachgeholt.

Der Vorsitzende bedauert die unterbliebene Anhörung und entschuldigt sich für die verspätete Bereitstellung der Vorlage in allen Ortsteilen.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat, vorbehaltlich der nachträglichen Beratung im Ortschaftsrat Haagen, einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Neuerlass der Polizeiverordnung (Anlage 2) zu.

TOP 12

Veranstaltungen im Freien

Vorlage: 022/2017

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und berichtet von der Ablehnung durch den Ortschaftsrat Brombach. Er selbst halte die Genehmigung von jährlich zwei Veranstaltungen unter Beachtung der Freizeitlärmrichtlinie für einen verträglichen Kompromiss.

Stadträtin Höfler hofft auf die Akzeptanz der Regelung. Sie sehe ein, dass den Jugendlichen auch ein Platz gegeben werden müsse. Sie bittet um einen Erfahrungsbericht nach ca. zwei Jahren und darum, dass das Gewicht auf nichtkommerzielle Veranstaltungen gelegt werde.

Von Stadtrat Oehler wird keine Notwendigkeit für laute Freiluftveranstaltungen gesehen. Es sei eine Pflicht der Stadt, die Bürger zu schützen. Die SPD-Fraktion werde den Beschlussvorschlag mehrheitlich ablehnen.

Stadtrat Berg erklärt, dass die Grünen-Fraktion den Beschlussvorschlag der Verwaltung für eine gute Lösung halte. Die Bedürfnisse junger Menschen müssten wahrgenommen werden und die Stadt für diese attraktiv bleiben.

Stadtrat Lindemer teilt mit, dass die zentraler gelegene Fläche unter der Autobahn für Veranstalter attraktiver sei. Er hält den Vorschlag für einen guten Kompromiss für alle Seiten und er könne der Vorlage guten Gewissens zustimmen.

Stadtrat Schlecht macht deutlich, dass Lärm keine Kompromisse kenne und er daher der Vorlage nicht zustimmen werde. Im Interesse der Allgemeinheit müssten Grenzen aufgezeigt werden.

Stadträtin Herzog berichtet, dass die letzte Veranstaltung elf Stunden gedauert habe. Sie fragt nach der zeitlichen Beschränkung und der Durchführung von Kontrollen. Des Weiteren spricht sie die Fläche bei der Fa. Lauffenmühle an die auf Grundlage der nahen Wohnbebauung auf keinen Fall geeignet ist für Veranstaltung mit lauter Musik.

Stadtrat Bernnat plädiert dafür, in der Diskussion nicht auf „jung/alt“ abzu zielen. Er könne die Kritik der Anwohner verstehen, aber mit dieser Argumentation müssten auch die lauten Veranstaltungen in der Innenstadt hinterfragt werden. Er spricht sich für einen Versuch des Vorschlags und einen Erfahrungsbericht nach einem Jahr aus.

Stadtrat Glattacker verweist auf die Länge der Veranstaltungen und lehnt den Beschlussvorschlag ab.

Stadtrat Lindemer zeigt auf, dass die Freizeitlärmrichtlinie von den Veranstaltern eingehalten werden müsse und darin die zeitliche Begrenzung geregelt sei.

Bürgermeister Dr. Wilke erinnert an den ursprünglichen Antrag der Freien Wähler, nach Flächen in der Stadt für Veranstaltungen im Freien zu suchen. Dies habe man getan. Feste und Großveranstaltungen seien für das Landratsamt in Bezug auf den Gewässerschutz auch auf der Lauffenmühle-Fläche möglich. Zuvor hätten die Veranstaltungen ebenfalls stattgefunden, nur ohne Genehmigung. Der Veranstalter sei für die Einhaltung der Auflagen und Bedingungen zuständig. Für eine Abi-Party des Hebelgymnasiums liege bereits eine Veranstaltungsanfrage für Mai vor. Auch die Fläche im Gebiet Hugenmatt käme für derartige Veranstaltungen in Frage, sei aufgrund der Lage jedoch weniger beliebt.

Der Vorsitzende schlägt dem Gemeinderat einen Erfahrungsbericht vor.

Stadträtin Herzog spricht nochmals die zeitliche Begrenzung der Veranstaltungen an. Zudem sollten auf der Lauffenmühle-Fläche keine Technopartys zugelassen werden.

Der Vorsitzende erteilt drei Zuhörern das Wort. Frau Schmidt hält zwei Veranstaltungen in nicht gesundheitsschädlicher Lautstärke für verträglich. Um Verständnis für die Anwohner und Verzicht auf Technopartys bittet Frau Meinzer. Ein weiterer Bürger bittet hingegen um Verständnis für Heranwachsende. Er könne sich gemeinsam abgestimmte Veranstaltungen zwischen den Jugendlichen und den Anwohner vorstellen.

Der Vorsitzende schließt die Aussprache und schlägt die Aufnahme eines Erfahrungsberichts am Jahresende als Ergänzung des Beschlussvorschlags vor.

Stadtrat Lusche bittet um Aussage in dem Bericht, welche Infrastruktur und wieviel Personal für eine angemessene Überwachung erforderlichen seien.

Hierauf fasst der Gemeinderat mehrheitlich bei 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung folgenden ergänzten Beschluss:

1. Vom Erfahrungsbericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Es dürfen jährlich pro Fläche maximal zwei mit hohem Lärm verbundene Veranstaltungen (z. B. Technopartys) genehmigt werden.
3. Zwischen den einzelnen, mit Lärm verbundenen Veranstaltungen, müssen mindestens vier Wochen liegen.
4. Mindestens die Hälfte aller Veranstaltungen muss nichtkommerziell sein.

5. Am Jahresende erfolgt ein Bericht über die durchgeführten Veranstaltungen 2017.

TOP 13

Neue Benutzungsordnung der Stadtbibliothek

Vorlage: 031/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor. Er merkt an, dass die Entgelte nicht direkt in der Benutzungsordnung, sondern im Anhang dargestellt werden sollen und man daher die Ziffer 7 der Benutzungsordnung umformuliere.

Mit dieser Maßgabe fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der neuen Fassung der Benutzungsordnung (Anlage 3) zu.

TOP 14

Rechtzeitige ortsübliche Bekanntgabe von Sitzungen

Vorlage: 055/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und erläutert das Anliegen der Beschlussvorlage. Ab September solle die ortsübliche Sitzungsbekanntgabe ausschließlich via Internet erfolgen. Er könne sich jedoch vorstellen, dass man den Aushang im Schaukasten des Rathauses als Service freiwillig weiterführe. Der Beschlussvorschlag könne entsprechend ergänzt werden.

Stadtrat Lusche macht deutlich, dass er nichts gegen eine frühzeitige Information der Bürgerschaft habe, aber man auch Verständnis für die Fraktionsarbeit haben müsse. Er hebt auf die Rechtslage und -auslegung ab, nach der theoretisch auch eine Veröffentlichung am Sonntag ausreichend sei. Er erklärt sich mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung einverstanden.

Stadtrat Schlecht äußert seine Zustimmung zum Beschlussvorschlag sowie der Ergänzung.

Stadträtin Wiesiollek schließt sich dem an und hinterfragt den Auslöser für die Verfahrensänderung. Der Vorsitzende geht hierauf ein. Im Rahmen einer Fallprüfung habe das Regierungspräsidium Freiburg die Stadt auf die Rechtslage hingewiesen. Er erklärt, dass er ein Freund von Bürgerbeteiligung sei, diese aber nicht von einer geänderten Bekanntgabefrist abhängig mache.

Stadtrat Claassen stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat Koesler hält es hingegen nicht für rechtens, wenn die ortsübliche Bekanntgabe ausschließlich über das Internet erfolge und der Aushang am Montag lediglich als Serviceangebot vorgenommen werde.

Sodann stellt der Vorsitzende den ergänzten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen folgenden Beschluss:

1. Die Bekanntgabe der öffentlichen Ausschuss- und Gemeinderatssitzungen am Donnerstag erfolgt künftig am Freitag 18.00 Uhr der Sitzungsvorwoche.
2. Ab dem 1. September 2017 erfolgt die ortsübliche Bekanntgabe der Sitzungen ausschließlich über die städtische Internetseite. Der entsprechenden Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates und seiner Ausschüsse wird zugestimmt (Anlage 4).
3. **Als freiwilliges Serviceangebot sollen ab September 2017 die Tagesordnungen der öffentlichen Ausschuss- und Gemeinderatssitzungen am Montag der Sitzungswoche im Rathausschaukasten ausgehängt werden.**

TOP 15

Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und sonstigen Zuwendungen gemäß § 78 Abs. 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg Vorlage: 057/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor. Im Gemeinderat besteht kein weiterer Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der dargestellten Spenden wird zugestimmt.

TOP 16

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Der Vorsitzende informiert über drei Beschlüsse, die in der Gemeinderatssitzung am 23. März 2017 nichtöffentlich gefasst wurden:

*Antrag der Fraktion der Grünen und der Fraktion der CDU;
Prüfauftrag zur Unterstützung des sozialen Wohnungsbaues bzw. „Erhöhung der Eigenkapitalquote bei der städtischen Wohnungsbau GmbH“*

1. Vom Bericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

2. Der Gemeinderat der Stadt Lörrach bekräftigt, dass die Wohnbau Lörrach ein zentrales Instrument zur Bereitstellung von preiswertem und bezahlbarem Wohnraum in der Stadt ist. Die Stadt Lörrach wird die Wohnbau Lörrach auch künftig in die Lage versetzen, ihren Aufgaben gerecht zu werden.
3. Der Antrag der Fraktionen der Grünen und der CDU wird derzeit nicht weiterverfolgt.

Ankauf der Grundstücke für das Plangebiet „Zentralklinikum“ des Landkreises Lörrach auf den Gemarkungen Brombach und Hauingen

Die Verwaltung wird beauftragt, die Grundstücke im Plangebiet für das „Zentralklinikum“ anzukaufen und die entsprechenden aufschiebend bedingten Kaufverträge abzuschließen.

Strategische Mobilitätsplanung

Die Befristung der Stelle für eine/n Verkehrsplaner/in in EG 11/12 TVöD wird aufgehoben.

TOP 17

Allgemeine Anfragen

17.1

Stadträtin Höfler bittet darum, dass die Änderungen in nachgebesserten Beschlussvorlagen kenntlich gemacht würden.

Der Vorsitzende sagt die künftige Beachtung der Anregung zu.

17.2

Stadtrat Böhringer wolle wissen, warum verschiedene Blumenrabatten und bisherige Sandflächen auf Spielplätzen in Hauingen mit Kieselsteinen befüllt worden seien. Die Steine seien gerade für spielende Kinder sehr gefährlich.

Der Vorsitzende verweist auf die Beantwortung der Anfrage durch Offenlage im nächsten Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales.

TOP 18

Fragestunde der Bürger

keine

TOP 19
Offenlegungen

Der Gemeinderat nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

- 19.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Lörrach am 23. März 2017
- 19.2 Schreiben des Regierungspräsidiums Freiburg vom 10. März 2017 zur Genehmigung des Haushaltsplans 2017

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: